

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 24

vom 24. Juni 2011

Redaktion: Katja Richardt

Soziales und Familie

LEA zieht Kita-Volksinitiative zurück..... 3

Gesundheit

Aktuelle Fallzahlen zu EHEC und HUS..... 5

Inneres

Mehr Sicherheit für Hamburg: Polizei und Feuerwehr funken in Tunnelanlagen und U-Bahnen digital..... 7

Besserer Schutz deutscher Schiffe vor Piraten-Angriffen 9

Schule, Jugend und Berufsbildung

Ausbau des Ganztagschulwesens schreitet voran 10

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Ausgezeichnete Baugemeinschaften..... 12

Wirtschaft und Hafen

Freie Fahrt im Hafen..... 14

Allianz für Hamburg 16

Grünes Hafengeld 18

Unterstützung des Senats für Gemüseanbaubetriebe 20

Wissenschaft und Forschung

Mehr Autonomie für die Staats- und Universitätsbibliothek 21

Justiz

Justizministerinnen und Justizminister norddeutscher Länder vereinbaren Kooperation bei Sicherungsverwahrung 23

internationale Gartenschau

Variable Preise für die internationale Gartenschau..... 25

Internationale Bausaustellung

Your Place – Nextwilhelmsburg: Jugendliche gestalten Freifläche und stellen Entwurf vor..... 28

Bezirke

Neue Parkanlage in Eidelstedt 30

Norddeutsche Zusammenarbeit

Ministerpräsident Carstensen empfängt Ersten Bürgermeister Olaf Scholz:
Enge Zusammenarbeit in Norddeutschland weiter ausbauen 32

Zur Information

Volksbegehren „Keine Privatisierung gegen den Bürgerwillen“ gescheitert 34

Volksbegehren „Unser Hamburg – Unser Netz“ beendet 35

Terminkalender 36

23. Juni 2011/basfi23

LEA zieht Kita-Volksinitiative zurück

Landeselternausschuss Kindertagesbetreuung und Sozialbehörde wollen künftig wieder eng zusammenarbeiten, Zeit des Misstrauens ist vorbei

Das Kita-Sofortpaket ist beschlossene Sache. Der Rechtsanspruch für Zweijährige kommt im Jahr 2012. Die Verhandlungen über mehr Personal für Kitas in sozial schwachen Gebieten beginnen. Und: Die Zusage des Senates steht, die fünfstündige Kinderbetreuung innerhalb von vier Jahren kostenlos zu machen. Grund genug für den Landeselternausschuss Kindertagesbetreuung (LEA), seine Volksinitiative „(Früh-)kindliche Bildung ist ein Grundrecht“ zurückzuziehen. Sozialsenator Detlef Scheele hat den Brief, der den Stopp der Volksinitiative bedeutet, heute von LEA-Vorstandsmitglied Claudia Wackendorff im Rathaus entgegengenommen. Beide bekräftigten künftig eng zusammenzuarbeiten – für das Wohl der Hamburger Kita-Kinder und ihrer Familien.

„Ich freue mich, dass das gegenseitige Vertrauen so gewachsen ist, dass der LEA in der Lage ist, die Volksinitiative zurückzuziehen“, so **Sozial- und Familiensenator Detlef Scheele**. „Unsere künftige Zusammenarbeit wird jetzt nicht mehr durch das Misstrauensvotum belastet, das der LEA gegenüber dem alten Senat ausgesprochen hat. Wir als neuer Senat haben gezeigt, dass wir es mit den Versprechen an die Eltern ernst meinen und dass wir unsere Zusagen einhalten. Ich freue mich auf die zukünftige Arbeit mit dem LEA. Gemeinsam können wir viel für die Kitas und die Hamburger Familien bewegen.“

„Uns ist mehrfach zugesichert worden, dass alle Maßnahmen der am 24. Januar unterzeichneten Vereinbarung zwischen der SPD und dem LEA umgesetzt werden. Damit wären die Forderungen der Volksinitiative zu einem großen Teil erfüllt. Dies zeigt, dass sich politisches Engagement lohnt und weckt neues Vertrauen in die Hamburger Politik“, erklärt **Ole Vollertsen**, Vertrauensperson der Volksinitiative und LEA-Vorstandsmitglied, den Schritt die Volksinitiative zu stoppen.

Das ab August 2011 geltende Kita-Sofortpaket mit der Rücknahme der schwarz-grünen Gebührenerhöhung, dem kostenlosen Essen, der neuen Kann-Kinder-Regelung und dem Hortanspruch für Kinder bis 14 Jahren sowie der ab Sommer 2012 geltende Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung für zweijährige Kinder sind der Beginn der Umsetzung der Vereinbarung mit dem LEA. Ein weiterer Punkt wird bereits in Angriff genommen: In der kommenden Woche nimmt eine Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit auf, die die Rahmenbedingung für mehr Erzieherinnen und Erzieher in Brennpunkt-Kitas festlegt. Die Beitragsfreistellung für das fünfstündige Grundangebot an Kindertagesbetreuung noch innerhalb dieser Legislaturperiode wurde ebenfalls zugesagt und bereits angekündigt.

„Vor diesem Hintergrund und auf der Basis des vertrauensvollen Umgangs miteinander, können wir guten Gewissens die Initiative zurückziehen“, ist sich **Claudia Wackendorff**, Vertrauensperson der Volksinitiative und LEA-Vorstandsmitglied, sicher. „Die Kooperation des LEA Hamburg mit der Sozialbehörde läuft zur Zeit sehr konstruktiv.“

Jörg Gröndahl, Vertrauensperson der Volksinitiative und LEA-Vorstandsmitglied, ergänzt: „Wir hoffen, dieser neue Geist der Zusammenarbeit bleibt uns noch lange erhalten. Wir haben hart dafür gearbeitet, dass Eltern von der Politik endlich ernst genommen werden.“

Der Landeselternausschuss hatte seine Volksinitiative „(Früh-)kindliche Bildung ist ein Grundrecht“ Ende September gestartet und im ersten Schritt mehr als 10.000 Unterschriften für die Initiative gesammelt.

Für Rückfragen der Medien:

**Behörde für Arbeit, Soziales,
Familie und Integration**

Pressestelle, Julia Seifert

Tel.: 040 – 42863-2889

E-Mail: pressestelle@basfi.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/basfi

**Landeselternausschuss
Kindertagesbetreuung Hamburg**

Sprecherin Claudia Wackendorff

Tel.: 0176 – 483 14 124

E-Mail: info@lea-hamburg.de;

Internet: www.lea-hamburg.de

20. Juni 2011/bgv20

Aktuelle Fallzahlen zu EHEC und HUS

Seit Freitag, 17. Juni, wurden in Hamburg sieben weitere Fälle bzw. Verdachtsfälle von Enterohämorrhagische Escherichia coli (EHEC) gemeldet. Bei drei bis dahin gemeldeten Verdachtsfällen hat sich die Diagnose nicht bestätigt. Somit erhöhte sich die Gesamtzahl der EHEC-Fälle in Hamburg um vier auf insgesamt 1090. Es ist aber auch weiter davon auszugehen, dass sich bislang gemeldete Verdachtsfälle nicht bestätigen werden. Derzeit gelten 715 Fälle als bestätigt.

Über das Wochenende wurden zudem zwei bislang als Hämolytisch-Urämisches-Syndrom (HUS) gemeldete Fälle vom behandelnden Krankenhaus korrigiert. Gleichzeitig ist bei einem bereits bekannten EHEC-Fall ein HUS nachgemeldet worden. Die Zahl der HUS-Fälle ist im Vergleich zu Freitag somit um einen Fall nach unten zu korrigieren auf nunmehr 188.

Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) weist noch einmal auf die Einhaltung von wichtigen Hygieneregeln hin. Diese Regeln - sowie weitere Hinweise zum Schutz vor EHEC - sind auf der Seite der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (<http://www.bzga.de>) veröffentlicht:

Wie die meisten Erreger von Lebensmittelinfektionen lassen sich auch EHEC- Bakterien durch Erhitzen abtöten, also durch Kochen, Braten oder Pasteurisieren (bei 70°C für 10 Minuten). Tiefgefrieren garantiert hingegen nicht, dass ein Lebensmittel vollständig frei von EHEC wird. Zur Vermeidung lebensmittelbedingter Infektionen sind folgende Hygienemaßnahmen bei der Zubereitung von Speisen empfohlen:

- Roh verzehrtes Gemüse und Obst gründlich waschen oder schälen.
- Fleisch und Hackfleisch von Wiederkäuern vor dem Verzehr ausreichend erhitzen (mindestens 70° C für mehrere Minuten).
- Rohes Fleisch getrennt von anderen Lebensmitteln lagern und zubereiten, auch verschiedene Bretter, Teller, Messer und Zangen benutzen.
- Auf Rohmilch verzichten oder zumindest vor dem Verzehr abkochen.
- Flächen und Gegenstände nach Kontakt mit Lebensmitteln gründlich reinigen und abtrocknen.
- Wisch- und Handtücher nach der Zubereitung von Obst oder Gemüse und rohem Fleisch möglichst auswechseln und bei mindestens 60° C waschen.

Der Erreger kann auch von Mensch zu Mensch weitergegeben werden, vor allem durch eine sogenannte Schmierinfektion (fäkal-oral) aufgrund mangelnder Hygiene. Der beste Schutz gegen diese Übertragung ist gründliches Händewaschen mit Wasser und Seife und sorgfältiges Abtrocknen:

- vor der Zubereitung von Speisen,
- vor dem Essen,

- nach dem Toilettengang,
- nach Kontakt mit Tieren.

HINWEIS: Mit der heutigen Pressemitteilung beendet die BGV die Routine der regelmäßigen Veröffentlichung von Erkrankungszahlen. Bei besonderen Entwicklungen würde aber in einer Pressemitteilung informiert.

Die Fallzahlen der einzelnen Bundesländer (inkl. Hamburg) sind weiterhin über die Seite des Robert-Koch-Institutes unter www.rki.de verfügbar. Abweichungen zwischen den heutigen Zahlen des RKI und den Zahlen der BGV sind u.a. durch die unterschiedlichen Zeitpunkte der Auswertungen zu erklären. Ferner weist das RKI ausschließlich bestätigte EHEC-Fälle aus, während die durch die BGV veröffentlichten Daten auch Verdachtsfälle mit einschlossen. Zudem weist das RKI EHEC und HUS-Fälle getrennt voneinander aus, während in Hamburg die HUS-Fälle als EHEC-Fälle, bei denen als Komplikation HUS aufgetreten ist, in der Gesamtzahl der EHEC-Fälle enthalten sind.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

20. Juni 2011/bis20

Mehr Sicherheit für Hamburg: Polizei und Feuerwehr funken in Tunnelanlagen und U-Bahnen digital

Innensenator Michael Neumann und HOCHBAHN-Chef Günter Elste starten bundesweites Pilotprojekt

Am heutigen Montag hat **Günter Elste, Vorstandsvorsitzender der Hamburger Hochbahn AG (HOCHBAHN)**, das in den Tunnelanlagen der HOCHBAHN neu errichtete Digitalfunknetz an **Hamburgs Innensenator Michael Neumann** übergeben. Damit können Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienst in Hamburg den 2010 gestarteten Digitalfunk für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) künftig auch in den Tunnelanlagen, in den U-Bahnhöfen und in den fahrenden U-Bahn-Zügen nutzen. Auch die noch im Bau befindliche Linie U4 wurde entsprechend vorgerüstet und wird mit Inbetriebnahme über eine digitale BOS-Funkversorgung verfügen. Bundesweit gilt das von der HOCHBAHN in ihren Tunnelanlagen errichtete BOS-Digitalfunknetz als erste Objektversorgungsanlage dieser Größenordnung und hat somit Pilotcharakter für die gesamte Bundesrepublik.

Innensenator Michael Neumann: „Unsere Einsatzkräfte brauchen gute Kommunikationsverbindungen, um den Bürgern gemeinsam, schnell und umfassend helfen zu können. Mit der Übernahme der Tunnelfunkversorgung der Hochbahn betreten Feuerwehr, Polizei und Rettungskräfte in Hamburg bei der Nutzung des Digitalfunks deutschlandweit Neuland. Ich danke unseren Einsatzkräften und der Hochbahn für ihr gemeinsames Engagement für die Sicherheit in Hamburg.“

HOCHBAHN-Chef Günter Elste: „Die Sicherheit der Fahrgäste hat für die HOCHBAHN höchste Priorität. Der neue Digitalfunk wird die schon heute sehr gute Zusammenarbeit mit den Sicherheits- und Rettungskräften auf technischem Gebiet ausbauen. Aufgrund der professionellen Zusammenarbeit ist uns die Umsetzung dieses Projektes in sehr kurzer Zeit gelungen.“

Zum Hintergrund:

Das Stadtgebiet Hamburgs und angrenzende Bereiche sind bereits mit dem in Deutschland im Aufbau befindlichen, bundesweit einheitlichen Digitalfunk für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) versorgt.

Die Polizei Hamburg nutzt den Digitalfunk seit April 2011 im täglichen Dienst der sechs Kommissariate von Polizei und Wasserschutzpolizei südlich der Elbe. Gestern hat sie den Digitalfunk zusätzlich für die Bereiche der Polizeikommissariate Bergedorf, Billstedt, Wandsbek und Rahlstedt in den Alltagsbetrieb genommen.

Seit heute sind auch die rund 40 Kilometer langen Tunnelanlagen der HOCHBAHN mit BOS-Digitalfunk versorgt. Dazu werden die an den Basisstationen empfangenen Signale über ein Lichtwellenleitersystem an über 60 so genannte Repeater in den Tunnelanlagen verteilt und von dort in das vorhandene Antennensystem eingespeist.

Der Aufbau des unterirdischen Netzes hat rund zwei Jahre gedauert. Die Investitionskosten belaufen sich auf ca. 2 Millionen Euro. Davon wurden 1,21 Millionen Euro aus Mitteln des Konjunkturpaketes II der Bundesregierung finanziert. In den nächsten sechs Monaten werden die Einsatzkräfte von Feuerwehr und Polizei die Anlage ausgiebig testen, bevor sie voraussichtlich im Dezember 2011 endgültig in Betrieb geht. Erste bereits durchgeführte Probefahrten haben positive Ergebnisse gebracht.

Parallel zum Aufbau des Netzes erfolgt fortlaufend die Ausrüstung von über 3000 Einsatzfahrzeugen, sie wird voraussichtlich bis Anfang 2013 abgeschlossen sein.

Vorteile des Digitalfunks sind unter anderem die deutliche Erhöhung der Gesprächskapazitäten, die Möglichkeit der Verbindungsaufnahme mit weit entfernten Einsatzkräften sowie die Abhörsicherheit und damit auch der Schutz von persönlichen Daten der Bürgerinnen und Bürger. Für die persönliche Sicherheit der Einsatzkräfte ist die mit dem Digitalfunk geschaffene Möglichkeit, im Notfall rascher und zielgerichteter Hilfe anzufordern, von besonderer Bedeutung.

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673,

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

Hamburger Hochbahn AG, Pressestelle

Christoph Kreienbaum, Tel. 040 – 3288-2121

E-Mail: christoph.kreienbaum@hochbahn.de Internet: www.hochbahn.de

22. Juni 2011/bis22

Besserer Schutz deutscher Schiffe vor Piraten-Angriffen

Innenministerkonferenz folgt Hamburger Initiative – sämtliche Ermittlungen werden künftig vom Bundeskriminalamt geführt

Die Innenministerkonferenz (IMK) hat sich auf ihrer Frühjahrstagung in Frankfurt am Main einvernehmlich dafür ausgesprochen, die Schiffe deutscher Reeder künftig besser vor Angriffen von Piraten zu schützen. Auf Initiative Hamburgs und Bremens hat die IMK beschlossen, dass künftig alle Ermittlungen im Zusammenhang mit Piraterie vom Bundeskriminalamt geführt werden sollen.

Die Frage eines NPD-Verbots wurde auf Anregung von **Hamburgs Innensenator Michael Neumann** erörtert. „Leider war die erforderliche Einstimmigkeit für ein erneutes Verbotverfahren nicht herzustellen“, bedauert **Neumann**.

Die IMK hat zudem festgestellt, dass bei der Bekämpfung des Terrorismus eine Schutzlücke bestehe, weil die Bundesregierung das erforderliche Gesetz für Mindestspeicherfristen von Telekommunikationsdaten nicht vorlegt. Darüber hinaus drohen die bestehenden, und auch in Zukunft notwendigen Anti-Terror-Gesetze zu verfallen, weil die erforderliche Gesetzesvorlage der Bundesregierung immer noch nicht vorgelegt wurde. **Innensenator Neumann** abschließend: „Das desolote Bild der CDU/FDP-Koalition auf Bundesebene wird dadurch abgerundet, dass die von allen Innenministern geforderte Strafverschärfung für Gewalt gegen Polizeibeamte immer noch nicht auf den Weg gebracht wurde.“

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673,

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

20. Juni 2011/bsb20

Ausbau des Ganztagschulwesens schreitet voran: Senator Rabe bewilligt Ganztagschulbetrieb an weiteren 7 Stadtteilschulen

Schulleiterinnen und Schulleiter von 7 Stadtteilschulen haben von Schulsenator Ties Rabe den Bewilligungsbescheid der Schulbehörde zur Weiterentwicklung als Ganztagschule erhalten.

„An diesen Schulen werden den Schülerinnen und Schülern durch das Ganztagsangebot neue Bildungschancen eröffnet und gleichzeitig können die Familien entlastet werden“, freut sich Rabe und erklärt: „Natürlich verbinden sich mit dem Start als neue Ganztagschule auch Stolperstellen und Herausforderungen an die Schulgemeinschaft, aber die Entscheidung für die Ganztagschule ist für die Schülerinnen und Schüler, für die Eltern sowie für die Schulgemeinschaft insgesamt sehr positiv und eine bietet neue Chancen der qualitativen Schulentwicklung.“

Der Hamburger Senat hat den Ausbau der Ganztagschulen zu einer wesentlichen Säule seiner Bildungspolitik erklärt. Dabei sollen alle Stadtteilschulen, die es wollen, in den nächsten Jahren zu Ganztagschulen weiterentwickelt werden. Ziel der Schulbehörde ist es, möglichst alle Stadtteilschulen in Ganztagschulen umzuwandeln und unter anderem dadurch das Profil der Stadtteilschulen weiter zu schärfen. Die Ganztagschule steht wie keine andere Schulform durch ihr „mehr an Zeit“ und die damit möglichen inneren Gestaltungsaspekte für eine ideale Verknüpfung von bildungspolitischen Zielen mit sozial- und familienpolitischen Akzenten.

Zum Schuljahr 2011/12 starten fünf Stadtteilschulen neu als Ganztagschule:

- **Stadtteilschule Poppenbüttel**, die als gebundene Ganztagschule mit dem Jahrgang 5 aufwächst,
- **Lessing-Stadtteilschule** (Wilstorf), die teilgebunden mit den Jahrgängen 5 und 6 beginnt,
- **Stadtteilschule Bergstedt** mit den Jahrgängen 5 und 6 in offener Form;
- **Stadtteilschule Hamburg-Mitte** (St. Georg/Hamm-Nord) und
- **Stadtteilschule Lurup** verändern den Schulstatus komplett und werden gebundene Ganztagschulen in den Jahrgängen 5 bis 10.

Darüber hinaus werden die Standorte **Holstenhof** (Marienthal) und **Tieloh** (Barmbek) als Bestandteil bereits teilweise arbeitender Ganztagschulen ebenfalls mit den nötigen Ressourcen ausgestattet, so dass die **Stadtteilschulen Barmbek** und **Holstenhof/Denksteinweg** ab dem Schuljahr 2011/12 als gesamtes Schulsystem ganztägig werden.

Mit der Übergabe der Bewilligungsbescheide hat Schulsenator Ties Rabe einen wichtigen ersten Meilenstein zum flächendeckenden Ausbau der Stadtteilschulen zu Ganztagschulen genommen. Die Zahl der Ganztagschulen dieser Schulform liegt mit den neuen Schulen nun bei 35, so dass **75 Prozent der Stadtteilschulen über ein Ganztagsangebot** verfügen. Die größte Umwandlungstranche ist zum Schuljahr 2012/13 geplant. Die ersten Anträge von Stadtteilschulen liegen dazu bereits vor.

Für Rückfragen der Medien:

Peter Albrecht, Pressesprecher

Behörde für Schule und Berufsbildung;

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb

20.06.2011/bsu20

Ausgezeichnete Baugemeinschaften Wettbewerb 2011 ist entschieden

Hamburg zeichnet sich durch eine Vielzahl unterschiedlicher Wohnformen und –angebote aus. Ein besonders attraktiver Baustein der Hamburger Wohnvielfalt sind die Baugemeinschaften. Seit mehr als 20 Jahren fördert Hamburg das Bauen in Baugemeinschaften. Alle seit 1990 realisierten Baugemeinschaften konnten sich erstmalig mit ihren Häusern und den darin gelebten Konzepten in einem Wettbewerb messen. Für den mit insgesamt 28.000 Euro dotierten Baugemeinschafts-preis 2011 haben sich 22 Baugemeinschaften beworben.

Eine Jury mit Vorsitz von Frau Prof. Marlo Riege (Wohnbund e.V.) und mit Beteiligung von Oberbaudirektor Prof. Jörn Walter hat die Preisträger ermittelt. Angesichts der beeindruckenden Fülle unterschiedlicher Wohnkonzepte, der erfolgreichen Integration von Menschen, die sich auf dem Wohnungsmarkt nicht ohne Weiteres selbst versorgen können und dem besonderen Engagement der Baugemeinschaften bei der Umnutzung historischer Bauten und der Pionierleistungen bei der Erprobung zukunftssicherer energetischer Standards vergab die Jury drei Preise von je 6.000 Euro. Gewürdigt wurden weitere fünf Projekte für besonders gelungene Lösungen einzelner Bewertungskriterien mit jeweils 2.000 Euro.

Die Preisträger:

Kategorie I – Baujahr zwischen 1990 und 2007

Wohnprojekt Greves Garten

Bergedorf

Bauherr: Genossenschaft Greves Garten eG

sowie 14 Einzeleigentümer

Baubetreuer: J.D. Lawaetz-Stiftung

Architekten: wrs architekten

Dohse und Stich Architekten

Kategorie II – Baujahr ab 2008

Baugemeinschaft Schipperort GbR

Wilhelmsburg

Bauherr: Baugenossenschaft Schanze eG

Baubetreuer: STATTB AU HAMBURG GmbH

Architekten: Arge Onix mit Kunst + Herbert

Baugemeinschaft StattSchule

Altona-Altstatt

Bauherr: Baugemeinschaft StattSchule GbRmbH

Baubetreuer: J.D. Lawaetz-Stiftung

Architekt: planerkollektiv, Wolfram Tietz

Besondere Würdigungen

Wohnprojekt StattSchloss

Altona-Altstadt

Bauherren: Wohnreform eG/Ev. Stiftung Alsterdorf

Baubetreuer: J.D. Lawaetz-Stiftung

Architekt: PLAN-R-Architekturbüro Joachim Reinig

Baugemeinschaft Wendebecken

Barmbek

Bauherr: Wohnungsbaugenossenschaft Wendebecken eG

Baubetreuer: STATTTBAU HAMBURG GmbH

Architekt: Carsten Dohse + Peter Windelen

Baugemeinschaft tilsammans

Eilbek

Bauherr: tilsammans GbR

Baubetreuer: Conplan GmbH Lübeck

Architekt: Fusi & Ammann Architekten

Baugemeinschaft GOFI und LUZIE

Ohlsdorf

Bauherren: Baugenossenschaft der Buchdrucker eG sowie Bauherrengemeinschaft GOFI

Baubetreuer: STATTTBAU HAMBURG GmbH

Architekt: Architekten Möller Seifert

Baugemeinschaft Gure Etxea

St. Pauli

Bauherr: Wohnungsbaugenossenschaft Ecken und Kanten eG

Baubetreuer: STATTTBAU HAMBURG GmbH

Architekt: planerkollektiv, Günter Trommer

Rückfragen:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle

Tel. 040 / 42 840-2058, helma.krstanoski@bsu.hamburg.de

www.hamburg.de/bsu

hpa20

Freie Fahrt im Hafen

Neues Verkehrsinformationssystem im Hafen gestartet / Senator Horch nimmt Port Road Management Center in Betrieb

Hamburg, 20. Juni 2011 – Das neue Verkehrsinformationssystem im Hamburger Hafen läuft. Wirtschaftssenator Frank Horch und HPA-Geschäftsführer Jens Meier haben heute den Startschuss für den Betrieb der neuen Anlage gegeben. Damit können sich Verkehrsteilnehmer ab sofort mithilfe großer LED-Tafeln über die aktuelle Lage auf den Straßen im Hafen informieren. Das System ist so ausgelegt, dass zukünftig auch Parkplätze oder Autohöfe mit angeschlossen werden können. Erste Interessenten haben sich bereits gemeldet. Dann könnten sich Fahrer schon vor dem Hamburger Hafen über die aktuelle Verkehrslage informieren. Die HPA rechnet mit ersten erfolgreichen Erweiterungen gegen Ende des Jahres.

Gleichzeitig hat die Leitstelle, das sogenannte Port Road Management Center, in der Speicherstadt ihren Betrieb aufgenommen. Von hier haben Mitarbeiter der HPA zukünftig das Geschehen auf den Straßen im Blick und überwachen das Informationssystem. Die HPA hat rund vier Millionen Euro aus dem Bundeskonjunkturprogramm II in die technische Vernetzung der Hafenstraßen investiert.

„Der Hamburger Hafen verfügt von nun an über eines der weltweit modernsten Verkehrsinformationssysteme. So können Staus und Wartezeiten minimiert werden. Das ist gut für die Unternehmen und die Umwelt“, so Horch.

„Wir steigern durch neue IT-Systeme die Effizienz des Hafens. Dabei arbeiten wir in enger Abstimmung mit unseren Kunden zusammen. Unser Ziel ist, den gesamten Verkehrsfluss zu vernetzen und hier weltweit eine Vorreiterrolle einzunehmen“, so Meier

Vernetzung des Hafens

Die HPA wird die technische Vernetzung des Hamburger Hafens weiter vorantreiben. Dafür setzt sie 2011 drei IT-Projekte um. Neben dem Start des computergesteuerten Verkehrsmanagements samt seiner Leitstelle bekommt die Hafenbahn ein neues IT-System, das bis 2012 den Bahnverkehr im Hamburger Hafen optimieren soll. Auch in der Schifffahrt will die HPA die Abläufe verbessern. Bis Ende dieses Jahres soll das Informationssystem PRISE (Port River Information System Elbe) den Pilotbetrieb aufnehmen.

Verkehrsinformation im Hafen

Insgesamt stehen 14 digitale Informationstafeln im Hafen. Drei 16 Quadratmeter großen LED-Anzeigen stellen die wichtigsten Hafenrouten schematisiert dar. Rote Balken und Striche zeigen zukünftig Störungen frühzeitig an. Auf einen Blick sind von nun an eventuelle Engpässe zu erkennen und Fahrer können entscheiden, ob sie die Wartezeiten in Kauf nehmen oder sich eine Alternativroute anbietet. Zusätzlich informieren elf digitale Texttafeln über Staus und Brückensperrzeiten auf einzelnen Routen.

Die HPA hat in den vergangenen Monaten rund 300 Messstellen im Hafen installiert, die das Verkehrsaufkommen erfassen. Dabei kommen unterschiedliche Techniken zum Einsatz. Neben Induktionsschleifen kommen Video- und Bluetoothdetektoren zum Einsatz. Zusammen mit vier neuen Videokameras wird so ein genaues Bild der Verkehrslage geliefert. Über rund 14 Kilometer Glasfaserkabel gelangen die Daten in das Port Road Management Center, werden dort erfasst und automatisch ausgewertet. Von hier werden dann die Verkehrsabläufe analysiert, die Informationstafeln geschaltet sowie die Ampeln in enger Abstimmung mit der Polizei koordiniert.

Hintergrund: Straßenverkehr im Hafen

Untersuchungen haben gezeigt, dass das derzeitige Straßennetz den zukünftigen Anforderungen an einen funktionierenden Wirtschaftsverkehr im Hafen nicht mehr gerecht wird. Daher hat die HPA in dem 2010 vorgelegten Masterplan Straßenverkehr Hafen Hamburg die aktuelle Situation sowie zu erwartende Entwicklungen erfasst, um daraus Handlungsmöglichkeiten und konkrete Vorschläge abzuleiten. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Aufhebung der Freizone im Hafen. Bisher auftretende Rückstaus aufgrund der Zollkontrollen wie beispielsweise am Knotenpunkt Köhlbrandbrücke/Finkenwerder Straße soll es dann nicht mehr geben.

Den gesamten Masterplan finden Sie hier: <http://www.hamburg-port-authority.de/presse-und-aktuelles/broschueren-publikationen.html>

Ein Foto der Einweihung lassen wir Ihnen auf Anfrage gern zukommen.

Hamburg Port Authority

Die Hamburg Port Authority betreibt seit 2005 ein zukunftsorientiertes Hafenmanagement aus einer Hand. Als Anstalt öffentlichen Rechts ist die HPA verantwortlich für die effiziente, Ressourcen schonende und nachhaltige Vorbereitung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen im Hafen. Die HPA ist Ansprechpartner für alle Fragen der wasser- und landseitigen Infrastruktur, der Sicherheit des Schiffsverkehrs, der Hafenbahnanlagen, des Immobilienmanagements und der wirtschaftlichen Bedingungen im Hafen. Dazu stellt die HPA die erforderlichen Flächen bereit und übernimmt alle hoheitlichen Aufgaben und hafengewirtschaftlichen Dienstleistungen. www.hamburg-port-authority.de

Pressekontakt: HPA Hamburg Port Authority | Pressestelle | Tel.: +49 40 42847-2300 | pressestelle@hpa.hamburg.de

21. Juni 2011/bwvi21

Allianz für Hamburg

Gründung der neuen Hamburg Marketinggesellschaft

Die Umstrukturierung der am Hamburg Marketing beteiligten öffentlichen Unternehmen ist abgeschlossen. Bürgermeister Olaf Scholz sowie Vertreter aus Hamburg und der Metropolregion haben am Dienstag im Hamburger Rathaus eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, die als Ergänzung zum bestehenden Vertragswerk den Rahmen für die künftige Zusammenarbeit setzt. Ziel der Vereinbarung ist, durch engere Abstimmung und Zusammenlegung von gleichen Aufgaben in den drei Gesellschaften Hamburg Marketing GmbH, HWF-Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH (HWF) und der Hamburg Tourismus GmbH (HHT) das Allgemeine Standortmarketing zu verbessern. Mit der Umstrukturierung soll die Position Hamburgs im internationalen Wettbewerb der Metropolregionen gestärkt werden. So wollen die Unterzeichner Hamburg mit den Neuerungen unter anderem für Fachkräfte, Innovationen und Investitionen sowie für Touristen aus dem Ausland attraktiver machen.

Kopf der neuen Struktur ist die Hamburg Marketinggesellschaft (HMG), die sich mehrheitlich in städtischem Eigentum befindet. Ihre Schwerpunktaufgaben sind die strategische Steuerung des Hamburger Standortmarketings sowie die Zusammenlegung von Querschnittsaufgaben bei Personal, Media Relations und Finanzen. Tourismus und Wirtschaftsstandortmarketing werden unter dem Dach der HMG ihre zielgruppenspezifische Arbeit wie bisher fortführen. Senator Frank Horch: „Das Modell eröffnet die Möglichkeit, dass HWF und HHT sich wie bewährt um Ihre Kunden kümmern. Ein ungemeiner Vorteil ist es jedoch, dass jede Gesellschaft künftig von den Kenntnissen der anderen unmittelbar profitieren wird. Mit der Verzahnung durch die drei Geschäftsführer ist ein vollständiger Austausch gesichert.“

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz: „Wir nutzen diese Umstrukturierung, um künftig gemeinsam sowohl mit der Metropolregion als auch mit möglichst vielen Hamburger Akteuren ein einheitliches Bild abzugeben. Hamburg befindet sich im Wettbewerb mit anderen großen Städten und mit Metropolregionen innerhalb und außerhalb Deutschlands. Wer in diesem Wettbewerb bestehen will, braucht auch im Marketing professionelle Strukturen. Diese haben wir geschaffen.“

Jochen Bordt, Landrat aus Harburg und Sprecher für alle Kreise und Landkreise der Metropolregion äußert sich erfreut: „Dass wir auch in den Gremien der neu strukturierten Marketinggesellschaft als Landkreise ein Mitspracherecht haben, ist ein Ausdruck des Vertrauens und des Kooperationswillens der Freien und Hansestadt Hamburg. Diese ausgestreckte Hand nehmen wir gern an!“

Mit Blick in die Zukunft sagte Fritz Horst Melsheimer, Präses der Handelskammer: „Nun muss sich die neue Struktur in der Praxis bewähren. Es liegt aber auch zum Gutteil an den Geschäftsführungen und Gremien der Gesellschaften selbst, künftig noch erfolgreicher für das Wachstum unserer Stadt zu wirken. Die Hamburger Wirtschaft wird hier weiterhin einen sehr aktiven Part übernehmen, hat aber auch große Erwartungen an den Erfolg der gemeinsamen Bemühungen“

Josef Katzer, Präsident der Handwerkskammer Hamburg betont folgendes: „Das Handwerk begrüßt die mit der Neustrukturierung erzielte Stärkung der Marke Hamburg bei gleichzeitiger Beibehaltung einer aktiven und eigenständigen Hamburger Wirtschaftsförderung.“

Zu diesen gemeinsamen Bemühungen gehört weiterhin die gute Zusammenarbeit mit den privaten Gesellschaftern der Unternehmen.

Dazu Thomas Magold, Präsident des Tourismusverbandes Hamburg. „Die Weiterentwicklung unseres erfolgreichen PPP-Modells von Hamburg Tourismus GmbH und Tourismuswirtschaft durch die Integration von Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung (Allianz für Hamburg) begleiten wir konstruktiv. Der Cluster Hamburg – Touristik mit seinen 182.600 Arbeitsplätzen in der Metropolregion wird Vorreiter für Qualität, Innovation und Inspiration bleiben.“

Rose Pauly, Präsidentin der DEHOGA in Hamburg, ergänzt: „Public Private Partnership soll mit Leben gefüllt werden – so wie es im Memorandum of Understanding festgeschrieben ist. Damit wird die Grundlage zur Fortsetzung der jahrelang eingeübten Zusammenarbeit von Hotellerie, Gastronomie und der privaten Tourismuswirtschaft einerseits mit der Geschäftsführung der Hamburg Tourismus GmbH und der öffentlichen Hand andererseits gefestigt. Die Erfolgsstory des Hamburg-Tourismus kann sich fortsetzen.“

Frank Brockmann, Vorstand der Hamburger Sparkasse AG und Gesellschafter der HWF: "Ich begrüße den von der Freien und Hansestadt Hamburg in Kooperation mit der Hamburger Sparkasse und den weiteren Gesellschaftern der Hamburg Marketing Gesellschaften eingeschlagenen Weg und ich wünsche der neu geschaffenen Marketing-Einheit, dass ihr zukünftiger Wirkungsumfang und ihr Erfolg weit über die Summe der bisherigen Teile hinausgeht."

Dr. Reiner Brüggelstrat, Vorstandssprecher der Hamburger Volksbank, ebenfalls Gesellschafter der HWF, sagte: „Wir sind davon überzeugt, dass die Metropolregion Hamburg von dieser Bündelung der Kräfte profitiert. Demokratische Willensbildung leben wir als Hamburger Volksbank seit 150 Jahren. Wir freuen uns darauf, unser genossenschaftliches Arbeitsprinzip in den zukünftig gemeinsamen Gestaltungsprozess zur Standortförderung einzubringen. Die Attraktivität unserer Stadt – als Wirtschaftsraum und touristisches Reiseziel - wird über die Stadtgrenzen hinaus gesteigert.“

Dietrich von Albedyll, Vorsitzender der Geschäftsführung der neu gegründeten Hamburg-Marketing Gesellschaft abschließend: „Wir verstehen uns als verlässlicher Servicepartner. Wir lassen uns an dem Ziel messen, ein gemeinsames und abgestimmtes strategisches Marketing für Hamburg und die Metropolregion auf den Weg zu bringen. Die freigesetzten Kräfte werden wir dafür nutzen, marktorientierte Impulse zu setzen. Dadurch werden wir die Sichtbarkeit als bedeutender Wirtschafts- und Kulturstandort erhöhen und die Lebensqualität weiter steigern.“

Rückfragen:

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Susanne Meinecke, Pressestelle

Tel.: (040) 42841-2239

pressestelle@bwvi.hamburg.de

Im Internet: www.bwvi.hamburg.de

hpa23

Grünes Hafengeld: HPA führt Umweltkomponente im Juli ein

Hamburg, 23. Juni 2011 – Die Hamburg Port Authority (HPA) führt zum 1. Juli einen Rabatt für umweltfreundliche Schiffe ein. Ziel ist, die Emission von Schadstoffen durch den Schiffsverkehr weiter zu reduzieren. Schiffe, die hohe Umweltstandards erfüllen, werden daher belohnt. Bemessungsgrundlage ist der sogenannte Environmental Ship Index (ESI). Damit können Schiffe zukünftig – ähnlich wie bei der Umweltplakette beim Auto – nach Umweltkriterien erfasst und bewertet werden. Der ESI berücksichtigt sowohl den Ausstoß von Kohlendioxid als auch von Stickstoff- und Schwefeloxiden. Die Bandbreite liegt zwischen 0 und 100. Wobei ein Wert von 100 bedeutet, dass keine der bewerteten Emissionen vorliegt. Hochseeschiffe erhalten in Hamburg einen Rabatt von bis zu 10 Prozent auf das Hafengeld. Die gestaffelte Ermäßigung beginnt bei einem ESI-Wert von 20.

„Hamburg leistet einen Beitrag für mehr Umweltfreundlichkeit in der Seeschifffahrt und der Hafenwirtschaft. Zusammen mit den anderen wichtigen Häfen setzen wir einen Trend für immer sauberere Schiffe“, so Jens Meier, HPA-Geschäftsführer.

Über ESI

Die Welthäfen-Klimainitiative, World Ports Climate Initiative (WPCI), eine Tochterorganisation des Internationalen Dachverbandes der Hafenbehörden, International Association of Ports and Harbors (IAPH), hat Anfang 2011 einen Umweltindex für die Seeschifffahrt eingeführt. Die WPCI hat so eine einfach zu handhabende und transparente Grundlage für Häfen und andere Interessierte geschaffen, künftig Anreize für den Einsatz und Betrieb besonders umweltfreundlicher Schiffe zu setzen.

Schiffseigner und Reeder können freiwillig ihre Schiffe im Rahmen von ESI einstufen lassen. Voraussetzung ist, dass sie ihre Daten auf der Projekthomepage www.environmentalshipindex.org angeben. Aufgrund dieser Daten bekommen die Schiffe eine Zertifizierung. Über den Index lässt sich feststellen, welche Seeschiffe bessere Emissionswerte aufweisen, als beispielsweise die von der International Maritime Organisation (IMO) festgelegten Richtwerte für Stickstoff- und Schwefeloxide. Moderne Seeschiffe, die niedrigschwefelige Treibstoffe nutzen, erhalten eine entsprechend hohe ESI-Einstufung. Die Bandbreite liegt zwischen 0 und 100. Die Untergrenze wird durch jeweils gültige IMO-Normen beschrieben. Die Obergrenze wird erreicht, wenn keine der genannten Emissionsarten auftreten.

Umweltschutz im Hamburger Hafen

Die HPA unternimmt unterschiedliche Anstrengungen im Bereich Umweltschutz. Anfang des Jahres hat sie bereits Umwelttarife bei der Hafenbahn eingeführt. Emissionsarme Dieselloks bekommen ebenso eine Ermäßigung wie Wagen mit geräuscharmen Bremsen. Schon seit Jahren gibt es für Binnenschiffe sowie die eigene Flotte der HPA Liegeplätze mit Landstromanschluss. Zusätzlich setzt die HPA schwefelarmen Treibstoff ein. Gleichzeitig engagiert sich die HPA in internationalen Gremien, die sich mit den Möglichkeiten von Landstromanschlüssen auch für Seeschiffe beschäftigt. Im September ist die HPA Gastgeber des internationalen Green Port Congress.

Hamburg Port Authority

Die Hamburg Port Authority betreibt seit 2005 ein zukunftsorientiertes Hafenmanagement aus einer Hand. Als Anstalt öffentlichen Rechts ist die HPA verantwortlich für die effiziente, Ressourcen schonende und nachhaltige Vorbereitung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen im Hafen. Die HPA ist Ansprechpartner für alle Fragen der wasser- und landseitigen Infrastruktur, der Sicherheit des Schiffsverkehrs, der Hafenanlagen, des Immobilienmanagements und der wirtschaftlichen Bedingungen im Hafen. Dazu stellt die HPA die erforderlichen Flächen bereit und übernimmt alle hoheitlichen Aufgaben und hafengewirtschaftlichen Dienstleistungen. www.hamburg-port-authority.de

Pressekontakt: HPA Hamburg Port Authority | Pressestelle | Tel.: +49 40 42847-2300 | pressestelle@hpa.hamburg.de

24. Juni 2011/ bwvi24

Unterstützung des Senats für Gemüseanbaubetriebe

Hamburger Soforthilfe startet

In Hamburg gibt es ca. 150 Betriebe, die sich mit der Gemüseproduktion beschäftigen. Nach Einschätzung der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation sind von EHEC in größerem Ausmaß davon etwa 70 Betriebe betroffen. Senator Frank Horch hatte beim Besuch eines Erzeugerbetriebes in der vergangenen Woche eine schnelle Hilfe durch den Senat angekündigt.

Jeder Gemüsebauer, der über einem Schwellenwert von 1000 qm Gemüse anbaut, ist nach dem Hamburger Programm antragsberechtigt. Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation wird auf Antrag, im Rahmen des Höchstbetrages der „Agrar-de-minimis-Regelung“, den Betrieben mit einer Summe von max. 7.500 Euro sofort unter die Arme greifen. Antragsformular und damit verbundene bürokratische Hürden werden dem Anspruch einer Soforthilfe gerecht.

Darüber werden Mitarbeiter der BWVI die Gemüsebauern bei einer Veranstaltung der Landwirtschaftskammer heute informieren. Bei dieser Veranstaltung geht es außerdem um die von der EU-Kommission in Aussicht gestellten Hilfen.

Zur Information:

„Agrar-de-minimis“ bedeutet, dass in der Summe der letzten drei Jahre ohne weitere Genehmigungen durch die EU maximal 7.500,- €/Betrieb ausgezahlt werden dürfen.

Rückfragen:

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Susanne Meinecke, Pressestelle

Tel.: (040) 42841-2239

pressestelle@bwvi.hamburg.de

Im Internet: www.bwvi.hamburg.de

21. Juni 2011/bwf21

Mehr Autonomie für die Staats- und Universitätsbibliothek

Adäquate Rechtsform sichert Leistungsfähigkeit

Um der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky (SUB) eine ihrem Status und ihren Aufgaben angemessene Organisationsform zu geben, hat der Senat beschlossen, die SUB in die Form eines Landesbetriebs zu überführen. Damit sollen der Bibliothek weitergehende Autonomierechte eingeräumt und deren Eigenständigkeit weiter ausgebaut werden. Die Überführung greift rückwirkend zum 1. Januar 2011.

Wissenschaftssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt: „Mit der Umwandlung der Staats- und Universitätsbibliothek in einen Landesbetrieb sorgen wir dafür, dass ihre faktisch schon seit Jahren bestehende Selbständigkeit nun in eine entsprechende Rechtsform gegossen wird. Damit kann sie ihre Aufgaben als Serviceeinrichtung für die Universität Hamburg und die anderen Hochschulen wie auch als wissenschaftliche Allgemeinbibliothek und Archiv der Stadt noch leistungs- und zielorientierter wahrnehmen.“

Prof. Dr. Gabriele Beger, Direktorin der SUB: „Wir freuen uns sehr über die rechtlich ausgestaltete Selbständigkeit. Sie ist für uns nicht zuletzt Ausdruck des Vertrauens, das der Senat in die Leistungsfähigkeit und Dienstleistungsorientierung der SUB für die gesamte Stadt setzt – und eine Würdigung und Anerkennung unserer Arbeit.“

Im Jahr 1996 wurde der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky (SUB) von der Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF) die Personalverwaltung, die Stellenwirtschaft und das Baumanagement zur eigenverantwortlichen Wahrnehmung übertragen. Im Jahr 2003 wechselte die SUB zur doppisch-kameralen Haushaltswirtschaft im Verbund mit den Hochschulen. Die faktisch zugestandene Eigenständigkeit der SUB im operativen Handeln wurde rechtlich jedoch nicht näher ausgestaltet. Die SUB blieb formal eine unselbständige Einrichtung der Wissenschaftsbehörde.

Im Rahmen einer Projektorganisation haben die Wissenschaftsbehörde und die SUB die Frage untersucht, welche Ausgliederungsformen des öffentlichen Rechts für die SUB geeignet sein könnten. Die Prüfung auf der Grundlage von Bewertungskriterien ergab, dass die Rechtsform „Landesbetrieb“ für die SUB am besten geeignet ist.

Die Rechtsstellung der rund 240 Beschäftigten der SUB bleibt auch nach Überführung in einen Landesbetrieb unberührt. Dienstherr der Beamtinnen und Beamten, Arbeitgeberin der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Auszubildende der Auszubildenden bleibt unverändert die Freie und Hansestadt Hamburg. Der Status der SUB als Dienststelle mit eigenem Personalrat bleibt unberührt.

Über die SUB:

Die Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky (SUB) ist aus der 1479 gegründeten Ratsbibliothek Hamburg hervorgegangen. 1696 beschloss der Senat eine Ablieferungspflicht für Verleger und Drucker, auf die das heutige Gesetz zur Pflichtabgabe von Medien (Novelle von 2009) zurückgeht. Die SUB gehört ausweislich dieser rechtlichen Erwähnung und der vorhandenen Urkunden zu den ältesten Landesbibliotheken in Deutschland.

Mit Gründung der Universität Hamburg wurde ihr 1919 zusätzlich zur Funktion der Staatsbibliothek die Aufgabe der zentralen Universitätsbibliothek übertragen. Nach dem Hamburgischen Hochschulgesetz ist sie die zentrale Bibliothek der dort genannten Hochschulen. Für die Freie und Hansestadt Hamburg versieht sie die Aufgaben einer Landes- und Archivbibliothek. Die SUB leitet zudem den Hamburger Bibliotheksverbund (HBV), dem auch außeruniversitäre Bibliotheken angehören, sowie den Leihverkehr in ganz Norddeutschland.

Mit rund 4,5 Millionen Medien – darunter 3,6 Millionen Büchern, 6.800 laufend gehaltenen Zeitschriften und 51.500 E-Zeitschriften – ist die SUB heute die größte Bibliothek in Norddeutschland. Sie stellt die Literatur- und Informationsversorgung von Wissenschaft, Kultur, Presse, Wirtschaft und Verwaltung sicher. Soweit Ablieferungspflicht besteht, sammelt die SUB das Schrifttum der Region und erschließt dieses regionalbibliographisch. Elektronisch erschienene Werke sind hierbei einbezogen. Ferner pflegt, erschließt und ergänzt die SUB ihre historischen und Sondersammlungen mit Objekten, die für Hamburg von besonderer Bedeutung sind.

Für Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs
Tel: 040 42863-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky, Dr. Marlene Grau
Tel.: 040 42838-5857, E-Mail: grau@sub.uni-hamburg.de

23. Juni 2011/bjg23

Justizministerinnen und Justizminister norddeutscher Länder vereinbaren Kooperation bei Sicherungsverwahrung

Die Justizministerinnen und Justizminister der norddeutschen Länder, Jana Schiedek (Hamburg), Bernd Busemann (Niedersachsen), Emil Schmalfuß (Schleswig-Holstein) und Uta-Maria Kuder (Mecklenburg-Vorpommern) haben heute in Schwerin über die Zukunft der Sicherungsverwahrung beraten. Neben einem Austausch über die gegenwärtige Situation in den einzelnen Ländern ging es auch um mögliche Kooperationen zwischen den norddeutschen Ländern. Das Bundesverfassungsgericht hatte im Mai dieses Jahres entschieden, dass die derzeitigen Vorschriften zur Sicherungsverwahrung mit dem Grundgesetz unvereinbar sind, und Grundsätze für eine Neuregelung innerhalb von zwei Jahren aufgestellt.

Die Justizministerinnen und Justizminister haben vereinbart zusammenzuarbeiten, um insbesondere die therapeutischen und behandlerischen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts erfüllen zu können. Ziel ist es, flexible Unterbringungs- und Nachsorgemöglichkeiten unter Nutzung bereits vorhandener Standorte – nicht nur in einem Bundesland – zu schaffen. Zur Erarbeitung der praktischen Rahmenbedingungen für die Bildung einer norddeutschen Kooperation haben sie eine länderübergreifende Arbeitsgruppe unter Federführung von Niedersachsen eingesetzt. Diese soll die Beiträge der beteiligten Länder für die Unterbringung, Entlassungsvorbereitung und Nachsorge ausloten.

„Ich begrüße es, dass wir unter den Nordländern bei der Unterbringung von Sicherungsverwahrten und ihrer Betreuung nach einer möglichen Entlassung zusammenarbeiten wollen“, so **Justizsenatorin Jana Schiedek**.

Zur Situation in Hamburg erklärte **Justizsenatorin Jana Schiedek**: „Was die räumlichen Rahmenbedingungen der Unterbringung, aber auch was die Zusammenarbeit zwischen Sicherungsverwahrungsabteilung und Sozialtherapie angeht, sind wir in Hamburg gut aufgestellt. In wesentlichen Punkten entsprechen wir bereits mit unserer derzeitigen Unterbringung den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Welche Maßnahmen darüber hinaus erforderlich sind, hängt nicht zuletzt von der nun anstehenden bundesgesetzlichen Neuregelung des Rechts der Sicherungsverwahrung ab.“

Kontakt:

Dr. Thomas Baehr

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

**Beschlüsse der Justizministerinnen und Justizminister aus Hamburg,
Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zum Thema
Sicherungsverwahrung am 23. Juni 2011 in Schwerin**

1. Die Justizministerinnen und Justizminister der Bundesländer Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern stimmen darin überein, dass es einer zügigen Umsetzung des am 4. Mai 2011 verkündeten Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Sicherungsverwahrung bedarf. Die Vorgaben zur Ausgestaltung des Vollzuges der Sicherungsverwahrung im Sinne eines einerseits freiheitsorientierten und therapiegerichteten, andererseits auf die Sicherheit der Bevölkerung ausgerichteten Gesamtkonzeptes sind durch die Länder umzusetzen. Hierfür sind beträchtliche finanzielle Mittel, die bisher in den Justizhaushalten der Länder nicht bereitstehen, und zusätzliches Personal erforderlich.
2. Die Justizministerinnen und Justizminister betonen, dass die konkrete Planung und Neuordnung des Vollzuges der Sicherungsverwahrung erheblichen zeitlichen Vorlauf erfordert. Sie bitten die Bundesministerin der Justiz deshalb, umgehend die Eckpunkte der erforderlichen neuen bundesgesetzlichen Regelung vorzulegen und mit den Ländern abzustimmen.
3. Die Justizministerinnen und Justizminister der Bundesländer Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern wollen kooperieren, um insbesondere die therapeutischen und behandlerischen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts erfüllen zu können. Ziel ist, flexible Unterbringungs- und Nachsorgemöglichkeiten unter Nutzung bereits vorhandener Standorte – nicht nur in einem Bundesland – zu schaffen.
4. Sie setzen eine länderübergreifende Arbeitsgruppe unter Federführung von Niedersachsen zur Erarbeitung der praktischen Rahmenbedingungen für die Bildung einer norddeutschen Kooperation ein. Diese soll die Beiträge der beteiligten Länder für die Unterbringung, Entlassungsvorbereitung und Nachsorge ausloten.

Variable Preise für die internationale Gartenschau

Preisstruktur für die Tickets zur igs 2013 steht fest

Hamburg, 20. Juni 2011/igs20 – Die Eintrittspreise für die internationale Gartenschau Hamburg (igs 2013) stehen fest. Der Aufsichtsrat hat der Preisstruktur in seiner Sitzung am 9. Juni dieses Jahres zugestimmt. Demnach haben Kinder bis sechs Jahre freien Eintritt, Jugendliche zahlen sechs Euro für eine Einzeltageskarte und Erwachsene können für 21 Euro das Gartenschaugelände mit sieben Erlebniswelten, 80 Gärten, Blumenschauen und Blütenmeer sowie vielfältigen Bewegungs-, Sport- und Veranstaltungsangeboten erkunden. Zur Preisstaffel gehört unter anderem auch eine vergünstigte Feierabendkarte ab 18 Uhr und eine spezielle, an drei Tagen kostenfreie Nachbarschaftskarte für Menschen, die auf der Elbinsel wohnen und gemeldet sind. Für regelmäßige Gartenschaubesucher bietet die igs 2013 eine Dauerkarte an. Schwerbehinderte, Arbeitslose, Studenten und Auszubildende können eine ermäßigte Karte erwerben. Die detaillierte Preisstruktur findet sich auf einem beigefügten Datenblatt.

„Mit der breit gefächerten Preisstruktur für den Eintritt zur internationalen Gartenschau möchten wir den unterschiedlichen Ansprüchen der Besucherinnen und Besucher von jung bis alt und von nah bis fern gerecht werden“, betont Jutta Blankau, Senatorin der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und Aufsichtsratsvorsitzende der igs 2013.

„Etwas Besonderes haben wir uns mit der Nachbarschaftskarte einfallen lassen. Die Karte berechtigt alle Menschen, die in Wilhelmsburg oder auf der Veddel gemeldet sind, zum freien Eintritt an drei Tagen eigener Wahl. Damit möchten wir uns bei den Elbinselbewohnern für ihre Geduld während der Bauphase bedanken und ihnen die Möglichkeit bieten, ihren Wilhelmsburger Inseelpark während der Gartenschau mehrfach zu besuchen“, so Heiner Baumgarten, Geschäftsführer der igs 2013.

Die Preisfindung orientiert sich an der Preisstruktur anderer Gartenschauen und Freizeitparks. Darüber hinaus wurden Erfahrungswerte aus dem Tourismus einbezogen, da ein großer Teil der Gartenschaubesucher aus einem Entfernungsradius von bis zu 250 Kilometern anreist. Mit der Feierabendkarte zu einem günstigen Preis ist es außerdem für viele Menschen in und um Hamburg möglich, die igs 2013 auch mehrfach zu besuchen. Die kalkulierten Einnahmen aus dem Kartenverkauf sollen zu einem ausgeglichenem Budget der igs 2013 führen.

Mit der feststehenden Preisstruktur kann das Gartenschau-Team jetzt die Gespräche mit möglichen Vertriebspartnern intensivieren. Dabei werden gezielt Kontakte zu Bus-Reiseveranstaltern in Deutschland, Skandinavien, England und den Niederlanden aufgenommen, um auf die Gartenschau in Hamburg im Jahr 2013 hinzuweisen und für Partner attraktiv zu machen. Zur Vertriebsstrategie gehört auch die Akquisition großer Unternehmen, die Kartenkontingente für Kunden und Mitarbeiter ordern können. Ebenso werden Hotels und Tourist-Informationen einbezogen, damit sie ihren Kunden beispielsweise attraktive Wochenend-

Arrangements anbieten können, die einen Besuch der igs 2013 beinhalten. Der Verkauf der Dauerkarten beginnt im Frühjahr nächsten Jahres.

ACHTUNG: Eine detaillierte Preisstruktur befindet sich auf der nächsten Seite!

Rückfragen bitte an:

Ina Heidemann, Petra Bäurle

Tel. +49(0)40-226 31 98 -40, -42

presse@igs-hamburg.de

Preisstruktur zur igs 2013

Kartenart	Preis
Einzeltageskarte	21 Euro
Ermäßigte Tageskarte*	17 Euro
Gruppenkarte (ab 20 Personen)	19 Euro
Jugendkarte **	6 Euro
Kindertageskarte**	0 Euro
Feierabendkarte***	9 Euro
Dauerkarte normal	110 Euro
Dauerkarte ermäßigt	90 Euro
Dauerkarte Jugendliche	28,50 Euro
Dauerkarte Feierabend (ab 18 Uhr)	55 Euro
Nachbarschaftskarte: Berechtigt Menschen, die in Wilhelmsburg, Steinwerder oder Veddel gemeldet sind, zum Eintritt an drei Tagen eigener Wahl	0 Euro

* Ermäßigte Tageskarte

- Ermäßigung bei Behinderungen ab 50% (gegen Vorlage des Behindertenausweises).
- Arbeitslose, SGB II und SGB III Leistungsempfänger (gegen Vorlage des Bewilligungsbescheids, der nicht älter als 6 Monate ist)
- Studenten (gegen Vorlage eines nationalen oder internationalen Studentenausweises)
- Auszubildende

** Jugendtageskarte / Kindertageskarte

- Freier Eintritt für Kinder bis 6 Jahre (Jahrgang 2007)
- Jugendtageskarte für Kinder bzw. Jugendliche zwischen 7 und 17 Jahren (Jahrgang 1996 bis 2006)

***Feierabendkarte

- Geltungsdauer ab 18 Uhr bis Betriebsschluss für den Besuch der Gartenschau. Nicht eingeschlossen sind Abendkulturveranstaltungen

PRESSEINFORMATION

Your Place – Nextwilhelmsburg: Jugendliche gestalten Freifläche und stellen Entwurf vor

„Your Place – Nextwilhelmsburg“ ist ein von der Internationalen Bauausstellung IBA Hamburg gefördertes kreatives Beteiligungsprojekt mit Kindern und Jugendlichen zwischen 9 und 17 Jahren aus Wilhelmsburg, die in einem dreimonatigen Prozess eine Freifläche hinter dem Haus der Jugend Kirchdorf planen und gestalten sollten. Am heutigen **Freitag, 24. Juni 2011**, haben die Jugendlichen ihren Entwurf und ihr Modell der Öffentlichkeit vorgestellt.

Im Mittelpunkt des Projektes standen einerseits die Vermittlung stadtplanerischer Methoden und Vorgehensweisen, andererseits sollten Fähigkeiten wie Gruppendynamik, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und die Identifikation mit dem eigenen Quartier bei den jungen Menschen gestärkt werden.

In vier verschiedenen Projektlevels – Orientierung, Umfrage, Planung, Öffentlichkeitsarbeit – konnten Kinder und Jugendliche direkt und ganz praktisch an stadtplanerischen Prozessen eingebunden werden. Befragungen haben zudem ergeben, dass das Projekt generationsübergreifend wahrgenommen wurde.

Hamburg, 24. Juni 2011 – „Die Erfahrung des Machbaren, dass Jugendliche in Wilhelmsburg ihre gebaute Umwelt durchaus gestalten können, hat vielen Teilnehmern Impulse für die eigene Lebensplanung über das Projekt hinaus gegeben und ist eine wichtige Erfahrung für die jungen Menschen“, sagte **Rajiv Patwardhan**, Geschäftsführer von Nexthamburg UG und dem dazugehörigen Projekt Nextwilhelmsburg.

Anfang März hatte Nexthamburg Jugendliche dazu aufgerufen, an der Gestaltung der Freifläche an der Krieterstraße teilzunehmen. Unter dem Motto „*Your Place – Dein Platz. Deine Chance. Deine Zukunft. Dein JOB.*“ trafen sich die Jugendlichen regelmäßig an zwei Nachmittagen in der Woche von 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr im Haus der Jugend Kirchdorf. Sie entwarfen, planten, gestalteten in einem großen Team betreut von Stadtplanern und Landschaftsarchitekten. Der Clou: Die jungen Leute erhielten für ihre regelmäßige Teilnahme eine Bezahlung von 5 € pro Stunde und durften heute ihr fertig gestelltes Modell sowie ihr Konzept der Öffentlichkeit präsentieren.

Das Ziel des Projekts war es einerseits, einen innovativen Beteiligungsprozess von Jugendlichen und Kindern gestalten zu lassen, der Modellcharakter hat und andererseits das Engagement der Kinder und Jugendlichen für die Mitgestaltung ihrer Umwelt zu fördern. **Patwardhan**: „Die Jugendlichen aus Wilhelmsburg und ihre Betreuer haben sich dabei in einem mitunter kräftezehrenden Prozess zu einem schlagkräftigen Team entwickelt. In kürzester Zeit haben die Jugendlichen sich planerische Methoden erarbeitet und damit konkrete, umsetzungsfähige Ergebnisse erzeugt.“

Auch sollte die Umsetzung eines Projektes vermittelt werden, in dem Ressourcen mobilisiert werden müssen und ein Stück Demokratie erlernt werden kann. Die Kinder und Jugendlichen agierten wie ein Planungsbüro: Sie mussten organisatorisch, empirisch mit Hilfe von Bewohnerbefragungen und Recherchen sowie konzeptionell arbeiten und ihre Arbeit schließlich der Öffentlichkeit präsentieren.

Das ausgewählte Grundstück liegt in direkter Nachbarschaft zum Haus der Jugend (HdJ) und eignet sich besonders gut als Treff- und Anziehungspunkt für alle Bewohner des Quartiers. Kinder und Jugendliche sollten in einem Beteiligungsverfahren ein Konzept für das Grundstück erarbeiten, um für die Anwohner einen neuen öffentlichen Ort zu entwickeln. Die Projektideen werden nun dem Bezirksamt Hamburg-Mitte übergeben, das die weitere Umsetzung der Parkanlage plant.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

IBA Hamburg GmbH, Enno Isermann, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
enno.isermann@iba-hamburg.de, Tel: 040 / 226 227 – 335 oder an presse@iba-hamburg.de

Folgen Sie der IBA Hamburg auch auf Twitter: twitter.com/iba_hamburg

Möchten Sie den IBA-Newsletter abonnieren? www.iba-hamburg.de/newsletter

23.06.2011/bez23

Neue Parkanlage in Eidelstedt

Bauarbeiten in Elbgaustraße und Wischhofsweg abgeschlossen

Fußgänger und Radfahrer können jetzt abseits des Straßenverkehrs die neu geschaffene Parkanlage auf der Rückseite der Schule Furtweg zwischen Elbgaustraße und Wischhofsweg als Wegeverbindung nutzen. Die Bauarbeiten auf dem rund 6.000 m² grossen Gelände sind nach einem frostigen Winter und einem sehr trockenen Frühjahr endlich abgeschlossen.

Die Abteilung Stadtgrün des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes konnte im Herbst 2010 die Planung der neuen Grünanlage in Angriff nehmen, nachdem letzte offene Grundstücksfragen geklärt wurden. Das größtenteils brachgefallene Grundstück war in den 1970er Jahren als Trasse einer Straßenverbindung vorgesehen. Nach Aufgabe der Verkehrsplanung wurden die Weichen für die Entwicklung einer Parkanlage gestellt.

Die neue Parkanlage ergänzt das Netz der Grünflächen entlang des Drieschweges und der Wiebelstraße. Der neu angelegte Weg durch die Grünanlage ist 3 m breit und in wassergebundener Bauweise mit einem 1,20 m breiten Pflasterstreifen hergestellt. Die Zugänge an der Elbgaustraße bei der Bushaltestelle Furtweg und am Wischhofsweg sind barrierefrei. Entlang des Weges und auf einem kleinen Aufenthaltsplatz laden zehn Bänke zum Verweilen ein. Eine neue Schaukel ergänzt das Angebot für Kinder.

Das Pflanzkonzept entwickelt den vorhandenen Charakter der Flächen weiter. Alte Buchen dominieren den waldartigen Baumbestand an der Elbgaustraße. Hier wurde das Unterholz ausgelichtet, um den Raum einsehbar und übersichtlicher zu gestalten. Eine Einsaat und Anpflanzung mit Waldstauden und Gräsern wird den Waldboden bald wieder bedecken.

Mit dem weiteren Wegeverlauf Richtung Wischhofsweg öffnet sich die Grünanlage. Gehölzpflanzungen mit Rosen und Purpur-Weiden bilden den Rahmen der Rasenflächen, auf denen sieben Apfelbäume in größerer Qualität und Eichen sowie Hainbuche nachgepflanzt wurden.

Die neue Grünanlage mit einem Investitionsvolumen von 205.000,- € wurde aus Mitteln der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt finanziert.

Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an Herrn Martin Scheiner, Fachamt des öffentlichen Raumes, Abteilung Stadtgrün, Tel. 040 / 42801 3603.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Bezirksamt Eimsbüttel

Grindelberg 66

20144 Hamburg

Tel.: 040-42801-2053

Fax: 040-42801-3699

E-Mail: pressestelle@eimsbuettel.hamburg.de

24.06.2011/pr24

Ministerpräsident Carstensen empfängt Ersten Bürgermeister Olaf Scholz: Enge Zusammenarbeit in Norddeutschland weiter ausbauen

KIEL. Schleswig-Holstein und Hamburg wollen ihre Zusammenarbeit weiter ausbauen. Das versicherten heute (24. Juni) Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz in Kiel. Carstensen hatte den Ersten Bürgermeister aus Hamburg zu seinem Antrittsbesuch in der Staatskanzlei empfangen.

„Politisch haben beide Länder mehr Gewicht, wenn sie ihre Interessen bündeln und gemeinsam gegenüber dem Bund und der EU vertreten. Durch zahlreiche Kooperationen können wir Geld sparen, das an anderer Stelle dringend benötigt wird“, sagte Carstensen. Er betonte, dass die Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren stetig gewachsen sei. „Wir sind ein Norden und haben zusammen viele Stärken. Genau das werden wir weiter ausbauen“, sagte er.

Auch Hamburgs Erster Bürgermeister lobte die gute Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein. Für ihn sei die Kooperation der beiden Bundesländer „eine Angelegenheit praktischer Vernunft in beiderseitigem Interesse“, erklärte Scholz. „Am Ende eines Projektes müssen immer messbare Ergebnisse stehen – ein konkreter Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger, für die Unternehmen und für die Region“, so Scholz weiter. In vielen Bereichen sei die vertrauensvolle Zusammenarbeit bereits gelebter Alltag. Wichtig sei aus Hamburger Sicht vor allem eine enge Abstimmung bei Infrastrukturprojekten. „Als Zentrum der Metropolregion und Bindeglied aller Akteure dieses gemeinsamen Wirtschaftsraums wird Hamburg seine besondere Verantwortung weiter wahrnehmen und hierbei auch auf einen politischen Ausgleich achten“, betonte der Erste Bürgermeister.

Wie Carstensen sagte, gebe es zahlreiche Themenfelder, in denen eine intensivere gemeinsame Position möglich sei, beispielsweise in den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie Verkehr. Er sieht außerdem Potenziale in einer gemeinsamen Wirtschaftsförderung für beide Länder sowie in der gemeinsamen Beschaffung von Waren und Dienstleistungen. „Sie finden in Deutschland keine Länder, die so eng zusammenarbeiten wie Hamburg und Schleswig-Holstein“, so der Ministerpräsident.

Beispiele erfolgreicher Projekte

- Die **Metropolregion Hamburg** als wirtschaftlich und administrativ wichtigste Regionalkooperation ist über viele Jahre gewachsen. Sie ist für Schleswig-Holstein von herausragender Bedeutung, um die Standortbedingungen in dem wirtschaftsstärksten Teil des Landes mit Hamburg, Niedersachsen und künftig mit Mecklenburg-Vorpommern zu verbessern.
- Mit dem gemeinsamen IT-Dienstleister **Dataport** ist es gelungen, Kosten zu senken und Leistungen zu verbessern. Der Erfolg von Dataport zeigt sich auch im Beitritt der Länder Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen.
- Durch die Gründung einer **gemeinsamen Medienanstalt** konnten ebenfalls finanzielle Einsparungen erzielt werden.
- Seit vielen Jahren betreiben Hamburg und Schleswig-Holstein das **Hanse-Office Brüssel**.

- Die **gemeinsamen Repräsentanzen im Ostseeraum** - das Hanse-Office in St. Petersburg und das Hanse-Office in Danzig – unterstützen die Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit der Partnerregion Pommern und mit St. Petersburg.
- Mit dem Gastschulabkommen im schulischen Bereich und im Bereich der **(Hoch-)Begabtenförderung** arbeiten beide Länder gut zusammen. Die JuniorAkademie ist für Hamburg und Schleswig-Holstein Motor der Begabtenförderung.
- Die **gemeinsame Filmförderungsgesellschaft** Hamburg/Schleswig-Holstein wird von beiden Landesregierungen unterstützt.
- Durch die **Kooperation der Geologischen Dienste** können Aufgaben effizienter erledigt werden. Expertenwissen und technisches Equipment können so länderübergreifend genutzt werden.
- Die Zusammenlegung der Eichverwaltungen der drei norddeutschen Länder zur **Eichdirektion Nord** hat sich ebenfalls bewährt. Ziel war es, zu einer höheren Effizienz und Wirtschaftlichkeit zu kommen und gleichzeitig die Kunden- und Verbraucherinteressen zu wahren.
- Ein bedeutendes Beispiel für die Zusammenarbeit im Personalwesen ist das gemeinsame **Projekt „IT-Kooperation Personaldienste“**. Ziel ist die Einführung einer Standardsoftware für ein integriertes Personalmanagementsystem.

Geplant ist die Zusammenarbeit in den weiteren Bereichen:

- **Verkehrspolitik:** Ausbau der A 7, Weiterbau der A 20 von Lübeck nach Stade, Fahrrinnenanpassung der Elbe, Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals, Realisierung der S4 von Hamburg nach Ahrensburg.
- **Wirtschaftspolitik:** Zusammenarbeit in der Wirtschaftsförderung, beim Technologietransfer und in der länderübergreifenden Clusterpolitik. Außerdem gemeinsame Initiativen im Bereich Energie, Speichertechnologien und Netzausbau.
- **Wissenschaftspolitik:** Im März 2011 haben die fünf norddeutschen Ministerpräsidenten beschlossen, vergleichbar der „Ahrensburger Liste“ im Verkehrsbereich eine Bedarfsliste für die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu erstellen und gemeinsam gegenüber dem Bund zu vertreten.
- Gesellschaftervertrag für eine gemeinsame Patentverwertungsagentur Nord
- Ausbau der Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Beschaffung von Waren und Dienstleistungen sowie in der Informationstechnik.
- Zusammenarbeit auch in der Kooperation mit Dänemark.

Geprüft wird außerdem:

- Errichtung eines gemeinsamen Landeslabors
- Zusammenarbeit in der Agrarverwaltung, insbesondere im Pflanzenschutz
- Kooperationen in der Forstverwaltung
- Kooperationen im Clustermanagement
- intensivere Kooperation in der Wirtschaftsförderung
- gemeinsame Ausbildung von Rechtsreferendaren
- Kooperation in der Luftfahrtverwaltung

Jörg Schmoll
Stellv. Sprecher des Senats
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Telefon: (040) 42831-2241, Telefax: (040) 42831-2184
joerg.schmoll@sk.hamburg.de

21. Juni 2011 /bis21

Volksbegehren „Keine Privatisierung gegen den Bürgerwillen“ gescheitert

Heute hat der Senat förmlich festgestellt, dass das Volksbegehren „Keine Privatisierung gegen den Bürgerwillen“ nicht zustande gekommen ist. Zuvor hatten bereits die Initiatoren in einer Pressemitteilung vom 24. Mai bekannt gegeben, dass das Quorum von 62.732 Unterstützungsunterschriften nicht erreicht worden ist.

Gegenstand der Initiative war ein Gesetzentwurf mit dem Ziel, die Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg dahingehend zu ändern, dass eine Veräußerung von bestimmten öffentlichen Unternehmen eines zustimmenden Volksentscheids bedarf.

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 - 42839-2673,

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde/

23. Juni 2011/bis23

Volksbegehren „Unser Hamburg – Unser Netz“ beendet Es liegen 116.197 Unterschriften zur Prüfung vor

Für das Volksbegehren „Unser Hamburg – Unser Netz“ sind insgesamt 116.197 Unterschriften abgegeben worden. Das gab **Landesabstimmungsleiter Willi Beiß** heute nach Ablauf der Eintragsfrist bekannt. Ob damit das Quorum von 62.732 gültigen Eintragungen – einem Zwanzigstel der zur letzten Bürgerschaft Wahlberechtigten - erreicht ist, steht damit aber noch nicht fest, denn zunächst werden diese Unterschriften von der Bezirksverwaltung auf Gültigkeit geprüft.

In den Bezirksamtern sind 986 Unterschriften in den Kundenzentren geleistet und 784 Unterschriften per Brief eingereicht worden. Auf Listen der Initiatoren sind nach deren Angaben 114.427 Unterschriften gesammelt worden.

Der Senat muss nun innerhalb eines Monats formell feststellen, ob das Volksbegehren zustande gekommen ist, also bis spätestens zum 22. Juli 2011.

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673,

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

Terminkalender

Vom 27. Juni bis 3. Juli 2011

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 27.06.2011

- 10:00** Seniorenzentrum St. Markus, Gärtnerstraße 63
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks eröffnet den **Fachtag zur Finanzierung innovativer Wohn-Pflege-Formen** mit einem Grußwort.
- 10:00** HSVA; Bramfelder Str. 164
Senator Frank Horch nimmt an der Einweihung des **Querwellenerzeugers bei der Hamburgischen-Schiffbau-Versuchsanstalt (HSVA)** teil.
- 11:00** Körber Forum, Kehr wieder 12
Senator Ties Rabe nimmt an der **Landespreisverleihung Geschichtswettbewerb** teil und spricht ein Grußwort.
- 12:30** UKE-Gelände, Martinistraße 52
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besichtigt das „**Fritz-Schumacher-Haus**“ auf dem **Gelände des UKE**.
- 13:00** Irena-Sendler-Schule, Am Pfeilshof 20
Senator Ties Rabe spricht ein Grußwort zur **Verabschiedung von Schulleiterin Ute Pape (ehemalige Schulsenatorin)**.
- 14:30** Rathaus, Bürgermeistersaal
Staatsrat Wolfgang Schmidt empfängt die **Besatzung des Irischen Patrouillenbootes „L.E. EITHNE“**.
- 14:30** Aula des Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Felix-Dahn-Str. 3
Senator Ties Rabe nimmt an der **Zertifikatsübergabe „Deutsches Sprachdiplom“** an Schülerinnen und Schüler teil und spricht ein Grußwort.
- 16:30** Handelskammer; Adolphsplatz 1
Staatsrat Dr. Bernd Ebert nimmt an der **19. Konferenz des Hochschulforums der Wirtschaft** teil.
- 17:00** Firma Airbus Operations, Kreetlag 10
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort anlässlich der **Verleihung des 6. Kunstpreises Finkenwerder**.
- Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt teil.
- 17:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Wolfgang Schmidt empfängt die **Honorarkonsulin der Republik Bolivien, Hortensia Rocabado**, zum Abschiedsbesuch.

- 18:00** Angelo-German-Club
Senator Frank Horch spricht als Gastredner beim **DEHOGA Sommerfest**.
- 18:00** Hauptverwaltung Deutsche Bundesbank, Willy-Brandt-Str. 73
Bürgermeister Olaf Scholz hält anlässlich des **Parlamentarischen Abend der Deutschen Bundesbank** ein Grußwort.
- 19:15** Empire Riverside Hotel
Bürgermeister Olaf Scholz hält anlässlich der **Preisverleihung „Unternehmer des Jahres“** eine Rede.
- 19:30** Alsterpavillon, Jungfernstieg 54
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen an der **Vattenfall Business Media Night** teil.

Dienstag, den 28.06.2011

- 12:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Wolfgang Schmidt empfängt die **Konsulin der Republik Serbien, Momirka Marinković**, zum Antrittsbesuch.
- 13:00** Polizeitrainingszentrum, Braamkamp 3a
Senator Michael Neumann übernimmt die Einweihung des **Polizeitrainingszentrums**.

Staatsrat Volker Schiek nimmt teil.
- 14:00** Lichthof der Staats- und Universitätsbibliothek, von-Melle-Park – Eingang: Edmund-Siemers-Allee / Ecke Grindelallee
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt verleiht den **Hamburger Lehrpreis 2011**.
- 14:00** Hamburger Hochbahn AG, Halle 13, Hellbrookstr. 2
Bürgermeister Olaf Scholz eröffnet den **4. Hamburger Industrietag der Handelskammer und des Industrieverbandes Hamburg e.V.**

Senator Frank Horch nimmt teil. Staatsrat Dr. Bernd Egert nimmt an der Abschluss-Podiumsdiskussion teil.
- 15:30** Haus der Wirtschaft, Kapstadtring 10
Senator Ties Rabe hält einen Vortrag zur **Bildungspolitik auf der Veranstaltung „Hamburg nach der Wahl – bildungspolitische Akzente“**.
- 18:30** Hans-Bredow-Institut, Bibliothek, Heimhuder Str. 21
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht ein Grußwort anlässlich des **Jahresempfangs des Hans-Bredow-Instituts**.

Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt teil.
- 18:30** Haus des Sports, Schäferkampsallee 1
Senator Michael Neumann hält bei der **Mitgliederversammlung des Hamburger Sportbundes** ein Grußwort.
- 19:30** Bazic Lounge, Oberhafenstraße 1
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht ein Grußwort anlässlich der Preisverleihung im Rahmen des **Wettbewerbs MUSIC WORKS** und überreicht die Urkunden an die Preisträger.

Mittwoch, den 29.06.2011

ganztägig Hotel Frankfurter Hof, Am Kaiserplatz, 60311 Frankfurt am Main

Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks nimmt am 29. und 30.06.2011 an der **84. Gesundheitsministerkonferenz** teil.

ganztätig

Kopenhagen
Bürgermeister Olaf Scholz besucht am 29. und 30.06.2011 die **dänische Hauptstadt Kopenhagen**.

Staatsrat Dr. Bernd Egert und Staatsrat Wolfgang Schmidt begleiten den Bürgermeister.

13:45

Königlich Thailändischen Honorargeneralkonsulat für Hamburg, An der Alster 85
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt trifft **I.K.H. Prinzessin Sirindhorn von Thailand** anlässlich ihres 5-tägigen Deutschlandaufenthaltes in Lindau, Hamburg und Berlin.

Donnerstag, den 30.06.2011

13:00

Restaurant „Cölln´s“, Brodschangen 1
Staatsrat Andreas Rieckhof spricht ein Grußwort anlässlich des **Besuchs einer Delegation aus Nantes**.

18:30

Deutscher Richterbund, Kronenstr. 73 / 74
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt am gemeinsamen Sommerfest des **Deutschen Richterbundes und des Deutschen Notarvereins** teil.

19:00

CORSO Verlag, Gaußstraße 124-126
Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt am **3. Verlegerabend** teil.

Freitag, den 01.07.2011

ganztätig

Marseille
Bürgermeister Olaf Scholz besucht am 01. und 02.07.2011 **Hamburgs Partnerstadt Marseille**.

14:30

Eltern-Kind-Zentrum Prassekstraße, Prassekstraße 3
Senator Detlef Scheele eröffnet das **Eltern-Kind-Zentrum Prassekstraße**.

15:00

Generalkonsulat der USA, Alsterufer 27/28
Senatorin Prof. Barbara Kisseler und Staatsrat Wolfgang Schmidt nehmen an den Feierlichkeiten anlässlich des **235. Unabhängigkeitstages der USA** teil.

19:00

Berlin, Schloss Bellevue
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt am **Sommerfest des Bundespräsidenten** teil.

Sonntag, den 03.07.2011

13:00-17:00

Galopprennbahn Hamburg-Horn, Rennbahnstraße 96
Bürgermeister Olaf Scholz, Senator Michael Neumann und Senatorin Prof. Barbara Kisseler besuchen das **142. Deutsche Derby**.